



Landtagswahl Thüringen

Landtagswahl in Thüringen

am 14. September 2014

Wahlanalyse

Endgültiges Wahlergebnis

Viola Neu

ANSPRECHPARTNER:

Dr. Viola Neu

Leiterin Team Empirische Sozialforschung
Hauptabteilung Politik und Beratung
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3506
viola.neu@kas.de

Nico Lange

Stellv. Hauptabteilungsleiter
Politik und Beratung / Leiter
Team Innenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin

030 26996 3594
nico.lange@kas.de

1. Wesentliche Bestimmungsfaktoren der Landtagswahl¹ in Thüringen 2014

Die Strategie der Parteien hat sich bei dieser Landtagswahl gegenüber der Vorwahl deutlich verändert. Während die SPD 2009 nicht bereit war, als Juniorpartner einer Rot-Roten-Koalition einen Ministerpräsidenten der Linken zu wählen, hat die SPD von dieser Position Abschied genommen. Aus der Großen Koalition heraus wurde auch die Bereitschaft für einen Regierungswechsel signalisiert, sodass sie grundsätzlich für zwei (bzw. drei) Optionen bereit schien: eine Fortsetzung der bisherigen Großen Koalition oder der Eintritt in eine rot-rot-grüne bzw. rot-rote Koalition. Nach dem Wahlergebnis könnte eine rot-rote-Koalition allenfalls als Minderheitenregierung agieren.

Die Mehrheitsverhältnisse im Thüringen Landtag lassen nur zwei Mehrheitsregierungen zu, von denen beide jeweils über eine Stimme Mehrheit verfügen: die Große Koalition und Rot-Rot-Grün. Die SPD, die nach der Wahl Zünglein an der Waage ist, konnte von dieser multioptionalen Ausrichtung nicht profitieren. Sie hat mit 6,1 Prozentpunkten Verlusten am stärksten von allen Parteien Wählerstimmen abgeben müssen.

Bereits im Vorfeld der Wahl hat diese etwas unübersichtliche Lage zu Unsicherheiten geführt, da eine Wechselstimmung nicht existierte und in den Umfragen eine Rot-Rote-Koalition über keine Mehrheit verfügte. So sagten 64 Prozent der Thüringer, dass sie sich wünschen, dass nach der Wahl weiterhin die CDU in der Regierung vertreten sein werde. Von den SPD-Anhängern sprachen sich 62 Prozent für die CDU in der Regierung aus. Und eine Mehrheit aller – auch der SPD-Anhänger – votierten für den Eintritt der SPD in eine Große Koalition. So sagten von allen Thüringern 52 Prozent, die SPD sollte in eine Regierung unter CDU-Führung eintreten,

¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.

von den SPD-Anhängern waren es 63 Prozent. Im Übrigen haben die SPD-Anhänger auch kaum Zweifel, dass dies so eintreten wird. 65 Prozent sind sich sicher, dass die SPD in eine Große Koalition eintreten wird, nur 16 Prozent sehen die SPD in einer Koalition mit der Linken. Nur 21 Prozent aller Thüringer sehen die Zukunft der SPD in einer Kooperation mit der Linken. Bei den derzeit möglichen Regierungsmodellen (was vor der Wahl noch nicht klar war) fanden 43 Prozent eine Große Koalition gut, 38 Prozent eine Koalition aus Linken, SPD und Grünen, wobei eine Koalition von Linker, SPD und Grünen auf eine deutlich größere Abneigung stößt. So bewerten 45 Prozent eine solche Koalition negativ (alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen). Nach Daten von Infratest dimap mit einem anderen Fragemodell kam eine Große Koalition vor der Wahl auf eine Zustimmung von 48 Prozent, eine Koalition von Linken, SPD und Grünen auf 36 Prozent. Die Verluste der SPD können nicht durch ihre Bewertung der Regierungsarbeit erklärt werden. Hier liegt die SPD mit 0,8 etwa gleichauf mit der CDU, die auf einen Wert von 0,9 kommt (Forschungsgruppe Wahlen).

In der Ministerpräsidentenpräferenz kommt die Spitzenkandidatin der CDU auf einen Wert von 49 Prozent. Dieter Althaus lag 2009 auf 44 Prozent. Ebenfalls leicht verbessern konnte sich Bodo Ramelow, der Kandidat der Linken, der 2009 von 32 Prozent der Thüringer als Ministerpräsident gewünscht wurde und 2014 auf einen Wert von 39 Prozent kam. Die SPD Spitzenkandidatin Heike Taubert litt vor allem unter ihrem geringen Bekanntheitsgrad. Nur 35 Prozent der Thüringer wussten sie richtig zu benennen, daher sind Vergleichswerte mit Lieberknecht und Ramelow höchstens mit Vorbehalt zu interpretieren, was deshalb ausgespart wird. Auch wenn in der direkten Konfrontation mit Ramelow Lieberknecht nur 10 Prozentpunkte vorne liegt, ist dies nicht als Kritik an ihrer Politik zu werden. 60 Prozent sind der Ansicht, dass sie ihre Sache als Ministerpräsidentin gut macht, und diese Akzeptanz ist in fast allen Anhängerschaften vorhanden. So bewerten sie 90 Prozent der CDU-

Anhänger positiv, 71 Prozent der SPD-Anhänger und 58 Prozent der Grünen-Anhänger. Im Vergleich mit anderen Ministerpräsidenten liegt sie mit diesen Werten im guten Mittelfeld. (Alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

In den Eigenschaftsprofilen sind die Unterschiede zwischen der Amtsinhaberin und deren Herausforderer verhältnismäßig gering ausgeprägt. Einen klaren Vorteil hat sie in dem Aspekt „passt besser zu Thüringen“. Auf der von +5 bis -5 reichenden Skala kommt sie auf einen Wert von 1,2; ihr Vorgänger erreichte zuletzt 0,5. Ramelow hat sein Image im Vergleich zu 2009 verbessert. Ausgehend von 0,2 erreicht er 2014 0,9. Beide Kandidaten kommen zudem in ihren Anhängerschaften auf sehr gute Werte.

Bei den politischen Themen hat sich eine deutliche Verschiebung der Prioritäten gegenüber der Vorwahl ergeben. Während 2009 noch 63 Prozent die Arbeitslosigkeit für das wichtigste Problem hielten, fiel dieser Wert auf 29 Prozent. Einen leichten Anstieg hat das Themenfeld Bildungspolitik erfahren. 2014 nennen 27 Prozent Schule/Bildung, 2009 waren es 20 Prozent. Insgesamt kann man jedoch nicht erkennen, dass es ein Thema gibt, das den Thüringern besonders auf den Nägeln brennt. Alle anderen Felder erhalten Nennungen, die gerade zweistellig sind. Die CDU hat in der Problemlösungskompetenz in den Feldern Arbeitslosigkeit, Wirtschaft und Verkehr einen klaren Vorsprung den Linken. Etwa gleich verteilen sich die Kompetenzwerte bei der Bildungspolitik und der Familienpolitik, in denen die Linke etwas besser als die beiden anderen Parteien bewertet wird. Profitieren kann die Linke lediglich im Themenfeld der sozialen Gerechtigkeit, das ihr klassischerweise zugeordnet wird. Das Profil der SPD ist blass. Bei der für die Wahlentscheidung wichtigen Zukunftskompetenz liegt die CDU mit 35 Prozent der Nennungen klar vor den anderen Parteien. Gerade einmal 16 Prozent nennen hier die Linke (also deutlich weniger als das eigene Wählerpotential) und die SPD kommt

auf 12 Prozent (alle Angaben Forschungsgruppe Wahlen). Trotz aller positiven Bewertungen der Spitzenkandidatin, im Bereich der Wirtschaft und der Zukunftskompetenzen hat die CDU in einem Bereich ein negatives Image. Sie wird am stärksten mit Skandalen, Affären und Filz in Verbindung gebracht. Hier wird sie von 39 Prozent genannt, die anderen Parteien erhalten Werte unter 10 Prozent.

Insgesamt ist die Stimmung in Thüringen optimistisch. 63 Prozent sind der Ansicht, dass das Land gut auf die Zukunft vorbereitet ist. 2009 lag der Vergleichswert bei 55 Prozent. Auch die Bewertung von wirtschaftlichen Indikatoren hat sich im Vergleich zur Vorwahl eindeutig verbessert. So sagen 2014 40 Prozent die allgemeine wirtschaftliche Lage sei gut. Hier hat sich die Stimmung gegenüber 2009 deutlich verbessert, als nur 11 Prozent eine positive wirtschaftliche Lage erkannten. Auch die eigene wirtschaftliche Situation hat sich verbessert. 56 Prozent der Thüringer sehen sie positiv (2009 45 Prozent). Ebenfalls 56 Prozent sind der Ansicht, dass Thüringens wirtschaftliche Lage im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern besser ist. Insgesamt kann man für Thüringen konstatieren, dass das Meinungsklima eher entspannt war, eine Stimmung, wie sie auch vor zwei Wochen in Sachsen prägend war. Bundespolitische Einflüsse sind hingegen weitgehend unbedeutend für den Wahlausgang. 59 Prozent erachten die Politik in Thüringen als entscheidend für ihre Wahl, ein Trend der auch bei anderen Wahlen sichtbar ist. Diese entspannte Situation führt jedoch zu einer merkwürdigen Haltung: Zwar sagen 61 Prozent, dass es an der CDU-Politik liegt, dass Thüringen so gut dasteht. Dies führt im Umkehrschluss allerdings nicht dazu, dass der wirtschaftliche Erfolg in Thüringen durch eine Linke-Regierung in Frage gestellt wird. So sagen 34 Prozent, dass die Linke an der Regierungsspitze den wirtschaftlichen Erfolg gefährdet, 61 Prozent teilen diese Meinung nicht (Alle Angaben: Forschungsgruppe Wahlen).

Nach dem fast zweistelligen Ergebnis in Sachsen, kann die AfD² von dem Rückenwind profitieren und 10,6 Prozent erreichen. Tiefergehende Motivanalysen sind bislang nicht verfügbar und bisherige Daten zeichnen ein eher diffuses Bild. Im Vorfeld der Wahl neigten die Anhänger der AfD in der Ministerpräsidentenpräferenz eher zu Bodo Ramelow (28 Prozent). Lieberknecht wurde von 19 und Taubert von 12 Prozent genannt. Die AfD würde auch überdurchschnittlich häufig für eine Regierung votieren, die von der Linken oder der CDU geführt wird (Linke: 30 Prozent zu 22; CDU 46 Prozent zu 40). Eine SPD-geführte Regierung wäre hingegen deutlich abgelehnt worden (4 Prozent zu 22). (Infratest dimap, ThüringenTREND, September 2014)³: Wie viele Parteien vor ihr hat die Partei ein Protestimage. Wie bereits in Sachsen (92 Prozent) sagen auch die Thüringer (90 Prozent) der AfD-Anhänger, die AfD sei die einzige Partei, die die Probleme beim Namen nenne. Im Image der Wähler wird sie von der Mehrheit als Protest- bzw. Denkbildpartei wahrgenommen. So sehen 66 Prozent aller Thüringer in der AfD eine Partei, die als Denkbild für andere Parteien gewählt wird. Innerhalb der AfD-Wählerschaft stimmen hingegen 26 Prozent der Denkbildthese zu (Forschungsgruppe Wahlen). Andererseits sagen nur 37 Prozent der AfD-Wähler, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt. Bei der CDU ist der Referenzwert 72 Prozent (Infratest dimap).

Die Frage, wie die AfD im Parteiensystem einzuordnen ist, kann derzeit aufgrund der eher übersichtlichen programmatischen Festlegung nicht beantwortet werden. Sie hat sich in den Wahlkämpfen im Themenfeld des klassischen Rechtspopulismus bewegt, das sich häufig um Inhalte wie (Ausländer)Kriminalität, Asyl, Innere Sicherheit und Sozialsystemmissbrauch (durch Ausländer) bewegte. Außer aktueller

² Vgl. Viola Neu, 2014, Hidden champions oder ewige Verlierer? Die „sonstigen“ Parteien bei der Bundestagswahl, in: Eckhard Jesse, Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2013. Voraussetzungen, Ergebnisse, Folgen, Baden-Baden, 2014, S. 307.

³ Vorher wurden die Werte der AfD nicht gesondert ausgewiesen.

Wahlkampfkommunikation sind diese Themen noch nicht in einem Bundesprogramm der AfD zum parteilichen Konsens geworden. Die Analogie zu den Piraten drängt sich im Moment auf, die in einer Reihe von Landtagswahlen eine zeitlich begrenzte Siegesserie vorweisen konnten und dann an innerparteilichen Fragen erodierten. Die AfD ist eine Projektionsfläche von heimatlosen Protestwählern. Dies wird auch daran deutlich, dass die Linke, sonst eine Adresse für Protest, vermutlich durch die Ankündigung den Ministerpräsidenten stellen zu wollen, diese Wählergruppen ebenfalls nicht mehr an sich binden kann. Die weitere Entwicklung der AfD bleibt offen.

2. Das Abschneiden der Parteien⁴

Die **CDU** verbessert sich um 2,2 Punkte und erhält 33,5 Prozent der Stimmen (315.104). Sie gewinnt 4 Mandate hinzu und kommt auf 34 Mandate, die sie alle direkt gewonnen hat. Bei der Vorwahl zogen noch 2 Listenplätze, bei dieser Wahl keiner.

Die CDU profitiert von ihrer Kompetenz in allen mit der wirtschaftlichen Lage zusammenhängenden Fragen und Einstufungen und dem Wunsch der Thüringer, dass die CDU auch weiterhin die Regierung anführt. Auch die Ministerpräsidentin verfügt über einen Popularitätsvorteil (außer bei der Linken). Zudem hat sich das Image der CDU verbessert (von 0,7 auf 1,1).

Die **Linke** kann das Ergebnis der Vorwahl leicht ausbauen (+0,8 Punkte) und erzielt 28,2 Prozent (265.428 Stimmen). Insgesamt werden 28 Abgeordnete der Linken im Parlament vertreten sein. Davon sind 9 direkt gewählt. 5 Wahlkreise verliert die Partei.

Trotz einer anderen politischen Ausgangssituation hat die starke Personalisierung im Wahlkampf eher einen geringen Effekt. Ramelow hat

⁴ Vorläufiges amtliches Endergebnis.

zwar seine Werte geringfügig gegenüber der Vorwahl verbessert (von 32 auf 39 Prozent in der Ministerpräsidentenpräferenz), doch wird eine Koalition von Linker und SPD 2014 genauso kritisch gesehen wie 2009. 2009 bewerteten 52 Prozent ein solches Modell negativ; 2014 53 Prozent. Allerdings hat sich das Gesamtimage der Partei von -0,2 auf 0,7 verbessert.

Die **SPD** verliert 6,1 Punkte und erreicht mit 165.889 Stimmen ein Ergebnis von 12,4 Prozent. Sie verliert 6 Abgeordnete und wird mit 12 Mandaten im Landtag vertreten sein. Während die Wähler der CDU und Linken kaum vom Stimmensplitting Gebrauch machten, wählten bei der SPD nur 76 Prozent mit Erst- und Zweitstimme die Partei. Die SPD verlor ein Direktmandat, sodass 11 Abgeordnete über die Liste in das Parlament einziehen. Sie verliert insgesamt flächendeckend. Die SPD hat in Thüringen ihr bislang schlechtestes Ergebnis erreicht. Im Vergleich zu ihrem besten Ergebnis (1994 mit 29,6 Prozent) hat sie 58 Prozent ihrer Wähler von 1994 verloren.

Bei der SPD scheint die offene Koalitionsfrage zu Irritationen geführt zu haben. Während die Mehrheit der SPD-Anhänger eindeutig die Große Koalition bevorzugt, haben die politischen Eliten auch einen Koalitionswechsel kommuniziert. Weder durch das thematische Profil noch durch die Spitzenkandidaten konnte dieser Trend gestoppt werden.

Die **AfD** erreicht 10,6 Prozent und wird von 99.545 Wählern unterstützt. 11 Abgeordnete werden die Fraktion bilden. Bei Vorwahlen kam sie in Thüringen auf 6,2 (Bundestagswahl) und 7,4 Prozent (Europawahl). Im Ilm-Kreis und in Ostthüringen erzielt sie ihre besten Ergebnisse.

Die AfD wird sehr polarisiert wahrgenommen. In allen Anhängerschaften wird sie sehr negativ bewertet, nur in ihrer eigenen Anhängerschaft kommt sie sehr gut weg. So bewerten die AfD-Anhänger die Partei mit 3,1, die Anhänger der CDU mit -2,2, die Linke mit -1,9, die SPD mit -2,3 und Grünen mit -3,2.

Die **Grünen** bleiben etwa stabil. Sie erhalten 5,7 Prozent der Zweitstimmen (53.407) und verlieren 0,5 Punkte. Sie werden erneut mit 6 Abgeordneten in den Landtag einziehen, die alle über die Liste gewählt wurden. Sie haben einen kleinen Imagegewinn zu verbuchen, da sie sich in der Parteienbewertung von -0,2 auf +0,3 verbessern konnten.

Die **FDP** verliert 5,2 Punkte und kann mit 2,5 Prozent und 23.359 Wählern, nicht wieder in den Landtag einziehen. Doch sollte man auch hier mit Prognosen über den langfristigen Verbleib im Parteiensystem ebenso vorsichtig sein wie bei der AfD. Zweifellos leidet die FDP seit 2010 auf Bundesebene unter einem Ansehensverlust. Bei den Wahlen, bei der es der Partei nicht gelungen ist, sich von diesem überlagernden Image zu befreien, konnte sie den Wiedereinzug in Parlamente nicht schaffen. Andererseits gab es auch Wahlen, bei denen dieser Effekt nicht eintrat (seit 2010 ist die FDP in folgende Parlamente gewählt worden: Nordrhein-Westfalen [2010], Hamburg, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen [2012], Niedersachsen und Hessen). Da die FDP nur 1990 und dann erst wieder 2009 (während ihres Hochs auf Bundesebene) in das Parlament einzog, ist Thüringen – wie übrigens alle neuen Länder – für die FDP ein schwieriges Terrain. Dies drückt sich in der Veränderung der Gesamtbewertung der Partei aus, die von 0,3 auf -1,4 gesunken ist. Genauso schlecht wird die AfD bewertet.

Bei den „**sonstigen**“ Parteien schneidet die NPD mit 3,6 Prozent am besten ab. Die NPD scheiterte 2009 mit 4,3 Prozent eher knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. Die Freien Wähler kamen auf 1,7 Prozent (-2,2 Punkte). Die Piraten wurden von einem Prozent unterstützt.

Die **Wahlbeteiligung**⁵ ist um 3,5 Punkte auf 52,7 Prozent gesunken. Bei den letzten Wahlen seit 2013 gab es sowohl sinkende (Sachsen, Schleswig-Holstein und die gleichzeitig mit Thüringen stattfindende Landtagswahl in Brandenburg) Wahlbeteiligungen als auch steigende (Europa, Hessen, Bundestagswahl, Bayern und Niedersachsen).

3. Die Wählerwanderungsbilanz⁶ und das Abschneiden in verschiedenen Bevölkerungsgruppen⁷

Die Wählerwanderungsbilanz der **CDU** fällt heterogen aus. Sie kann gleichermaßen Stimmen gewinnen und verlieren. Von der FDP kommen 13.000 Wähler hinzu. 4.000 Wähler gewinnt sie von der SPD und gegen den Trend der gesunkenen Wahlbeteiligung kommen 5.000 Wähler aus dem Nichtwählerlager hinzu. Verluste hat sie hingegen (wie alle Parteien) gegenüber der AfD (-18.000).

Die CDU schneidet (außer bei den unter 30-Jährigen) in allen Altersgruppen etwa gleich stark ab. Dies ist auf überdurchschnittliche Zugewinne in den mittleren Altersgruppen (35-59 Jahre) und dort vor allem bei Frauen zurückzuführen. Bei Wählern mit einem niedrigen Bildungsniveau schneidet die CDU etwas besser ab, gewinnt aber bei höheren Bildungsgruppen hinzu. Starke Zugewinne hat sie bei Beamten und (allerdings auf schwächerem Niveau) bei Angestellten und Landwirten. Das beste Teilergebnis erzielt die CDU bei Katholiken. Ca. 55 Prozent der Katholiken stimmen für die Partei. Andererseits können sich nur etwa 26 Prozent der Konfessionslosen für die Partei entscheiden.

⁵ Vgl. Viola Neu, 2012, „Dann bleib ich mal weg“ – Der Mythos der „Partei“ der Nichtwähler, Forum Empirische Sozialforschung, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Sankt Augustin/Berlin.

⁶ Wählerwanderungsbilanz: Infratest dimap Wahlanalyse. Die Wählerwanderungsbilanz bezieht sich auf Vergleichswerte der Landtagswahl 2009.

⁷ Wahltagsbefragung der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap.

Trotz der Stabilität des Wahlergebnisses gibt es in der Wählerzusammensetzung der **Linken** erhebliche Mobilitäten. 27.000 ehemalige SPD-Wähler stimmen für die Partei und 4.000 Wähler der FDP und der Grünen wechseln zu ihr. 16.000 frühere Linke-Wähler entscheiden sich für die AfD und 11.000 bleiben den Urnen fern.

Die Linke hat die stärkste Resonanz bei den älteren Wählergruppen, bei denen sie auch deutlich zulegen kann. Überdurchschnittlich gut schneidet sie bei Rentnern und Arbeitslosen ab. Sie schneidet bei Katholiken weit unterdurchschnittlich ab. Gewerkschaftlich gebundene Angestellte tendieren stärker zur Linken.

Die **SPD** gibt in alle Richtungen Wähler ab. Außer einem minimalen Zustrom ehemaliger FDP-Wähler (+1.000 Stimmen) verliert sie 27.000 Wähler an die Linke, jeweils 12.000 an die AfD und das Nichtwählerlager. Weitere 5.000 entscheiden sich für die Grünen und 4.000 für die CDU. Überdurchschnittlichen Zuspruch, trotz Verlusten, genießt die SPD bei den über 60-Jährigen und Wählern mit einem niedrigen Bildungsniveau. Ihre Verluste verteilen sich recht gleichförmig über alle Wählergruppen hinweg.

Da bei der **AfD** Zahlenarithmetik sich einer gewissen Beliebtheit erfreut, soll dem auch hier Rechnung getragen werden. Da die AfD knapp 100.000 Stimmen erhielt, entspricht in diesem Fall die Anzahl der Wechsler zur AfD auch gleich ihrem Prozentteil. Am stärksten profitiert sie aus dem Lager der sonstigen Parteien, von denen sich 23.000 zugunsten der AfD entschließen (somit stammen 23 Prozent der AfD-Wähler aus dem Lager der sonstigen Parteien). 18.000 Stimmen kommen von der CDU, 16.000 von der Linken, 12.000 von der SPD, 11.000 von der FDP und 1.000 von den Grünen. 12.000 ehemalige Nichtwähler machen ihr Kreuz bei der AfD. Nun ist natürlich auch die umgekehrte Prozentuierung möglich. 24,2 Prozent der Wähler der sonstigen Parteien gehen zur AfD. 13,6 Prozent Wähler der FDP gehen zur AfD. Die SPD verliert 6,1 Prozent aus ihrer

früheren Wählerschaft. Die CDU und die Linke verlieren 5,5 Prozent ihrer ehemaligen Wähler an die AfD.

Die AfD findet außer bei der ältesten Wählergruppe überall Zuspruch. Jüngere Wähler mit mittlerem Bildungsniveau stellen ihre größte Wählergruppe dar. Männer neigen eher zur AfD als Frauen.

Die Bewegungen in der **Grünen**-Wählerschaft belaufen sich auf niedrigem Niveau. Von der SPD kommen 5.000 Wähler. Ansonsten hat sie gegenüber anderen Parteien nur Verluste: -4000 Linke; -1.000 AfD, -4.000 Nichtwähler.

Die größte Anhängerschaft finden die Grünen bei jüngeren Frauen (25-34 Jahre). Auch Angestellte neigen etwas stärker zu der Partei.

Die **FDP**-Wähler verlassen die Partei in alle Richtungen. 18.000 bleiben den Wahlurnen fern. 13.000 wechseln zur CDU und 11.000 verliert sie an die AfD. 4.000 entschließen sich, ihr Kreuz bei der Linken zu machen und 1.000 Wähler entscheiden sich zugunsten der SPD.

Die FDP verliert stark bei jüngeren Wählern und Selbstständigen.